

"Die britischen Konservativen werfen erneut die Frage nach dem Sitz des Parlaments auf" in Le Monde (2. Oktober 2002)

Quelle: Le Monde. dir. de publ. Colombani, Jean-Marie ; RRéd. Chef Plenel, Edwy. 02.10.2002. Paris: Société Editrice du Monde (SAS). "Les conservateurs britanniques relancent la bataille du siège du Parlement", auteur:Rivais, Rafaële , p. 6.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU
Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/die_britischen_konservativen_werfen_erneut_die_frage_nach_dem_sitz_des_parlaments_auf_in_le_monde_2_oktober_2002-de-9104acb9-db9e-496e-9b4d-58459edecb9d.html



Publication date: 05/07/2016

Die britischen Konservativen werfen erneut die Frage nach dem Sitz des Parlaments auf

BRÜSSEL

aus unserem europäischen Büro

Wird es das Europäische Parlament wagen, den Konvent über die Zukunft Europas aufzufordern, erneut die Frage bezüglich seines Sitzes zu stellen? Das jedenfalls wünschen sich die Europa-Abgeordneten der britischen Konservativen: Das haben sie anlässlich des fünfzigsten Jubiläums des Parlaments am 25. September bekannt gegeben. Zu diesem Anlass veröffentlichten sie einen vertraulichen Bericht des Generalsekretärs Julian Priestley, der die durch die Verteilung des Parlaments auf drei verschiedene Standorte (Straßburg, Brüssel und Luxemburg) entstehenden Mehrkosten auf 169 Millionen Euro pro Jahr schätzt, und auf ... 203 Millionen nach der Erweiterung!

Die Parlamentarier tragen den Kampf um den Sitz des Parlaments nunmehr seit über zwanzig Jahren aus. Nachdem sie 1979 das Recht erlangt hatten, über direkte und allgemeine Wahl gewählt zu werden, verlangten sie auch die freie Wahl ihres Arbeitsortes. Sie waren es leid, zwischen Brüssel (wo der größte Teil der legislativen Arbeit vorbereitet wird), Straßburg (wo die Abstimmungen im Plenum stattfinden) und ihrem Herkunftsland hin- und her zu pendeln. Sie verabschiedeten eine Resolution nach der anderen, in denen sie forderten, dass das Parlament in der Nähe der Kommission und des Rates tage – mit anderen Worten in der belgischen Hauptstadt.

Nach dem derzeit geltenden Recht sind es jedoch die Staats- und Regierungschefs, die über den Sitz der europäischen Institutionen befinden. Frankreich hat mit allen Mitteln darum gekämpft, dass ein Großteil der Plenarsitzungen des Parlaments in Straßburg stattfinden, wo bereits der Europarat seinen Sitz hat. François Mitterrand hatte 1990 damit gedroht, sein Vetorecht gegenüber jeglicher Festlegung eines Sitzes europäischer Organe geltend zu machen, solange der Präfektur des Departements Bas-Rhin nicht diese Rolle zugesprochen würde. Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl hatte Mitterrand seine Unterstützung zugesagt, aufgrund dessen, was Straßburg symbolisiert: die deutsch-französische Aussöhnung nach dem Zweiten Weltkrieg, ohne die Europa nicht zustande gekommen wäre.

Auf der Tagung des Europäischen Rates in Edinburgh im Jahr 1992 wurde ein Kompromiss gefunden, dem zufolge sich der Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg befinden soll, wo jährlich zwölf Plenarsitzungen stattfinden werden. Zusätzlich können aber weitere Plenarsitzungen in Brüssel stattfinden, wo auch die Ausschüsse tagen, wie es die Abgeordneten – und der belgische Staat – gewünscht hatten. Die Dienststellen des Generalsekretärs hingegen bleiben in Luxemburg.

Organisierte Flucht

Da der Wortlaut dieses Kompromisses im Jahr 1997 im Vertrag von Amsterdam festgehalten wurde, ging Frankreich davon aus, dass es den Kampf gewonnen hatte. Im Jahr 1998 hörte Frankreich auf, bestimmte Flugverbindungen zu subventionieren, die Straßburg direkt mit Hamburg, London, Madrid, München, Rom oder Rotterdam verbanden. Diese Entscheidung zwang die Abgeordneten dazu, mit den Verbindungen zu jonglieren, und führte zu häufigen Verspätungen. Als Zeichen ihres Protests beschlossen sie, die Dauer ihrer Sitzungen in Straßburg zu verkürzen. Ab 2001 sollten diese nur noch vier statt fünf Tage dauern. Da die Dauer der Plenartagungen im Vertrag nicht festgeschrieben worden war, waren Frankreich die Hände gebunden.

Zwei Jahre später beschloss das Parlament, dem Konvent eine „ausführliche Analyse der Kosten für die Beibehaltung der drei Standorte“ vorzulegen. In diesem Sinne verfasste der Generalsekretär seinen Bericht. Die von den britischen Konservativen organisierte Flucht wurde von der RPR-Abgeordneten Margie Sudre verurteilt, obgleich sie derselben Fraktion, der Europäischen Volkspartei (EVP), angehört. Auf der Tagung des Europäischen Rates von Barcelona, die kurz nach der Wahl des irischen Liberalen Pat Cox zum Parlamentspräsidenten folgte, hatte Jacques Chirac zudem gegenüber dem neuen Präsidenten unterstrichen, wie sehr Frankreich daran gelegen sei, den Sitz des Parlaments im Elsass beizubehalten.

Die britischen Konservativen hoffen, Unterstützung von Seiten ihrer Gegenspieler von der Labour-Partei zu erhalten: Gerade ist Simon Murphy, Sprecher der Labour-Abgeordneten im Europäischen Parlament und Blair-Anhänger, zugunsten eines linken Labourmitglieds, Gary Titley, von seinem Posten zurückgetreten. Grund dafür war die Tatsache, dass „*der lächerliche Zirkus des unaufhörlichen Hin und Her zwischen Brüssel, Straßburg und seinem Wahlkreis*“ ihn daran hinderte, ein „Familienleben“ zu führen.

Rafaële Rivais